

**Dienststelle:**  
Sächsisches  
Staatsministerium für  
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Dresden,  
Februar 2011

## **Sächsisches Ladenöffnungsgesetz (SächsLadÖffG) ab 1. Januar 2011**

### **Erläuternde Hinweise zu § 8 SächsLadÖffG – Verkaufsoffene Sonntage**

#### **1. Struktur:**

§ 8 SächsLadÖffG regelt die Möglichkeiten für Gemeinden, im gesamten Gemeindegebiet bzw. in Teilen des Gemeindegebietes die sonntägliche Öffnung von Verkaufsstellen ausnahmsweise zu gestatten, wenn diese nicht nach den Regelungen des §§ 3 bis 7 SächsLadÖffG legitimiert ist.

§ 8 SächsLadÖffG enthält 3 Absätze, wobei insbesondere Absatz 1 und Absatz 2 hinsichtlich ihrer Anwendungsmöglichkeiten und Voraussetzungen genau zu unterscheiden sind. Absatz 3 benennt diejenigen Feiertage, die einer möglichen Gestattung der Ladenöffnung durch die Gemeinden von vornherein entzogen sind.

#### **2. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 1. Dezember 2009**

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat mit dem Urteil des 1. Senats vom 1. Dezember 2009 zum Berliner Ladenöffnungsgesetz (1 BvR 2857/07, 1 BvR 2858/07) eine Grundsatzentscheidung getroffen, die wesentlichen Einfluss auf die Ausgestaltung des § 8 SächsLadÖffG hatte, gleichwohl aber auch im Vollzug des § 8 SächsLadÖffG durch die Gemeinden immer zu beachten ist. Die wesentlichen Entscheidungsgründe des BVerfG können der **Anlage 1** entnommen werden. Sofern einzelne Entscheidungsgründe für die Anwendung des § 8 SächsLadÖffG durch die Gemeinden relevant sind, werden diese in der folgenden Erläuterung mit benannt.

**Anlage 2** stellt in Form eines Schaubildes und einer Matrix die steigenden Anforderungen an die Begründung der Sonntagsöffnung im Zusammenhang mit der zeitlichen Aufeinanderfolge schematisch dar. Anlage 2 ist insoweit nicht abschließend und nur ergänzend zu den nachfolgenden Ausführungen zu verstehen.

### 3. § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG

Durch die Regelung in **§ 8 Abs. 1 SächsLadÖffG** werden die Gemeinden ermächtigt, abweichend von den allgemeinen Regelungen (§§ 3 bis 7 SächsLadÖffG) die Öffnung von Verkaufsstellen

- an **bis zu vier Sonntagen** im Kalenderjahr,
  - **aus besonderem Anlass**,
  - **zwischen 12 und 18 Uhr**,
  - **per Rechtsverordnung**
- ausnahmsweise im gesamten Gemeindegebiet zu gestatten.

Einem verkaufsoffenen Sonntag, der nach § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG gestattet wurde, kann aber maximal ein weiterer verkaufsoffener Sonntag auf der gleichen rechtlichen Grundlage unmittelbar folgen (§8 Abs. 1 Satz 2 SächsLadÖffG). Wird die Öffnung von Verkaufsstellen an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen nach § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG freigegeben, ist die Öffnung von Verkaufsstellen nach § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG an den diesen Sonntagen vorangehenden und nachfolgenden zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen unzulässig (§ 8 Abs. 1 Satz 3 SächsLadÖffG-**Rhythmisierung**).

Die Gestattung der ausnahmsweisen Sonntagsöffnung nach § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG durch die Gemeinden ist somit an **fünf Voraussetzungen** geknüpft, auf die im Folgenden näher eingegangen wird.

#### a) Erforderlichkeit einer Rechtsverordnung

Es verbleibt zunächst bei dem (auch bereits bis Ende 2010 geltenden) Verfahren, wonach die ausnahmsweise Gestattung der Sonntagsöffnung durch Gemeinden eines förmlichen Rechtssetzungsaktes in Form einer **Rechtsverordnung** bedarf. Hiermit wird gewährleistet, dass ein Willensbildungsprozess in der Gemeinde stattfindet und eine von dem Willen der Gemeindevertretung getragene Entscheidung herbeigeführt wird. Die vorliegenden örtlichen Belange und Besonderheiten können derart in dem gesetzlich vorgegebenen Rahmen eingebracht und begründet werden. Im Rahmen des Willensbildungsprozesses ist zunächst zu klären, ob die gesetzlichen Voraussetzungen (insbesondere Vorliegen eines besonderen Anlasses) für eine ausnahmsweise Gestattung der Sonntagsöffnung zu dem konkreten Datum vorliegen. Weiterhin hat in diesem Zusammenhang auch eine Abwägung der grundrechtlichen Positionen der Ladeninhaber (Berufsfreiheit) und der Einkaufswilligen (allgemeine Handlungsfreiheit) einerseits sowie der Beschäftigten und Ruhesuchenden andererseits stattzufinden. Die Anforderungen an die Rechtfertigungsgründe steigen dabei an, je höher die Intensität der Sonntagsöffnung (Gebiet, Handelszweige, Dauer, Rhythmus) ist.

Nach dem BVerfG kommt dem Regel-Ausnahme-Gebot generell umso mehr Bedeutung zu, je geringer das Gewicht derjenigen Gründe ist, zu denen der Sonn- und Feiertagsschutz ins Verhältnis gesetzt wird und je weitergreifend die Freigabe der Verkaufsstellenöffnung in Bezug auf das betroffene Gebiet sowie die einbezogenen Handelssparten und Warengruppen ausgestaltet ist. Deshalb müssen bei einer das gesamte Gemeindegebiet oder wesentliche Teile des Gemeindegebiets umfassenden und den gesamten Einzelhandel oder wesentliche Teile des Einzelhandels erfassenden Freigabe der Ladenöffnung rechtfertigende Gründe von besonderem Gewicht

vorliegen, insbesondere, wenn Sonntage unmittelbar aufeinander folgend freigegeben werden sollen.

b) Vorliegen eines Sachgrundes (besonderer Anlass)

Zunächst ist das **Vorliegen eines besonderen Anlasses** Voraussetzung für die Gestattung der Sonntagsöffnung nach § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG. In dem Rechtsetzungsverfahren hat die Gemeinde also zu prüfen, abzuwägen und zu entscheiden, ob für die Öffnung an dem jeweils geplanten Sonntag ein besonderer Anlass gegeben ist.

Das BVerfG hat insbesondere die durch den Berliner Landesgesetzgeber kraft Gesetzes und ohne weitere Voraussetzungen mögliche Verkaufsöffnung an den Adventssonntagen beanstandet. Eine derartige Regelung als generelle und materiell voraussetzungslose Freigabe der Öffnung von Verkaufsstellen steht angesichts der Bedeutung der Verkaufsstellenöffnung für die Gewährleistung der Sonn- und Feiertagsruhe nicht im Einklang mit der Verfassung.

Auch ein bloßes wirtschaftliches Umsatzinteresse der Verkaufsstelleninhaber und ein alltägliches Erwerbsinteresse potentieller Käufer genügen grundsätzlich nicht, um Ausnahmen von dem verfassungsrechtlichen Schutz der Arbeitsruhe und der Möglichkeit zu seelischer Erhebung an Sonn- und Feiertagen zu rechtfertigen.

Bei Erlass der Rechtsverordnung ist daher zu prüfen und zu begründen, ob die Öffnung der Verkaufsstellen jeweils zu diesem Anlass (und in der Abfolge - siehe dazu unten Buchst. e) Rhythmisierung) zulässig ist.

Unter einem besonderen Anlass ist in diesem Zusammenhang ein (Sach-) Grund oder ein Ereignis zu verstehen, als dessen Folge und in dessen Zusammenhang die Sonntagsöffnung ausnahmsweise zulässig ist. Der besondere Anlass muss im Hinblick auf die Urbanität (= die Stadt/Gemeinde kennzeichnende/prägende soziale und kulturelle Lebensweise) und die Touristenströme eine besondere Bedeutung für die Gemeinde haben. Er muss zudem geeignet sein, Auswirkungen auf das gesamte Gemeindegebiet zu entfalten (Unterschied zu § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG – dort Auswirkungen nur auf begrenzten Teil des Gemeindegebietes).

Ein besonderer Anlass könnte beispielsweise dann angenommen werden, wenn die Sonntagsöffnung mit einem Stadt-, Volks-, oder Schützenfest oder einem jahreszeitlichen Fest (z. B. Frühlings- oder Herbstfest, Weinfest, Weihnachtsmarkt) im Gemeindegebiet zeitlich zusammen fällt, welchem die oben genannte Bedeutung für die Gemeinde zukommt. Ebenso könnten Messen, Märkte oder Ausstellungen bzw. sonstige Veranstaltungen mit Ausnahmecharakter, wie Jubiläen, Konzert- oder Sportveranstaltungen im Gemeindegebiet einen besonderen Anlass im Sinne des Gesetzes darstellen.

c) Zeitliche Vorgabe

Zu beachten ist ferner, dass die Regelungsmöglichkeit der Gemeinde durch die im Gesetz ausdrücklich genannte **zeitliche Vorgabe** eingeschränkt ist: Die Öffnungsmöglichkeit ist demnach nur für die **Zeit zwischen 12 und 18 Uhr** (also für diese sechs Stunden) gestattet. Mit dieser Regelung wird gewährleistet, dass die Zeiten der Hauptgottesdienste von einer Sonntagsöffnung nach § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG generell ausgenommen sind.

d) Begrenzung der Sonntagsöffnung(en)

Insgesamt darf eine Gemeinde die Sonntagsöffnung gemäß § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG an **maximal 4 Sonntagen pro Jahr** durch Rechtsverordnung ermöglichen.

e) Rhythmisierung

Zu beachten ist gemäß § 8 Abs. 1 Satz 2 SächsLadÖffG weiterhin, dass einem verkaufsoffenen Sonntag auf der Grundlage des § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG maximal ein weiterer verkaufsoffener Sonntag auf der gleichen rechtlichen Grundlage folgen kann. Darüber hinaus regelt Satz 3 den Fall, wenn ausnahmsweise für zwei aufeinanderfolgende Sonntage die Öffnung von Verkaufsstellen nach § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG freigegeben wurde: In diesem Fall ist die Öffnung von Verkaufsstellen an den diesen Sonntagen vorangehenden und nachfolgenden zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen auf der gleichen rechtlichen Grundlage im gesamten Gemeindegebiet unzulässig (**Rhythmisierung**).

Ausdrücklich wurde damit im Gesetz eine Regelung zur Aufeinanderfolge von verkaufsoffenen Sonntagen getroffen. Nach den Grundsätzen des BVerfG ist zu beachten, dass die nach der jeweiligen Landesregelung freigegebenen verkaufsoffenen Sonntage insgesamt dem Regel-Ausnahme-Gebot und dem verfassungsrechtlichen Mindestschutz von Sonn- und Feiertagen im Sinne der Rechtsprechung genügen müssen. Nach Auffassung des Gerichtes ist dies dann nicht gegeben, wenn ein in sich geschlossener Zeitblock größeren Umfangs vollständig vom Grundsatz der Arbeitsruhe ausgenommen wird. Dies dürfte immer dann anzunehmen sein, wenn innerhalb eines Monats die Mehrzahl der Sonntage verkaufsoffen sein dürfen bzw. an mehr als zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen die Ladenöffnung flächendeckend gestattet wird.

Unabhängig davon ist darauf hinzuweisen, dass für eine flächendeckende Freigabe von zwei, direkt aufeinanderfolgenden Sonntagen zudem **rechtfertigende Gründe von besonderem Gewicht** gegeben sein müssen. Das Vorliegen rechtfertigender Gründe von besonderem Gewicht stellt insoweit eine zusätzliche Voraussetzung dar, die nicht gleichfalls durch das Vorliegen des (zusätzlich) erforderlichen besonderen Anlasses bedingt wird. Die Gestattung der Ladenöffnung an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen nach § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG stellt in Abwägung der grundrechtlich geschützten Positionen somit zusätzliche Anforderungen an die Rechtfertigung durch den Ordnungsgeber. Der Ordnungsgeber muss also begründen, warum die direkte Aufeinanderfolge der flächendeckenden Sonntagsöffnung erforderlich ist, und welche Gründe von erheblichem Gewicht diese ausnahmsweise rechtfertigen.

f) Sonstiges:

Die Öffnungsmöglichkeit nach § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG kann sich auf das gesamte Gemeindegebiet und alle Verkaufsstellen erstrecken, aber auch **nach Satz 4** auf bestimmte Ortsteile oder Handelszweige beschränkt werden.

Sofern die Rechtsverordnung der Gemeinde eine auf Ortsteile oder Handelszweige beschränkte Sonntagsöffnung vorsieht, ist zu beachten, dass diese dennoch den **Verbrauch** des verkaufsoffenen Sonntages für das gesamte Gemeindegebiet zur Folge hat.

g) Ergänzende Hinweise zur Sonntagsöffnung im Advent

Die grundsätzlich durch den Gesetzgeber zugelassenen Möglichkeiten Verkaufsstellen auch an zwei bzw. zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen im Advent zu öffnen, berücksichtigen die regionalen Traditionen in Sachsen, die vor allem in der kunsthandwerklichen Fertigung, dem Anbieten und dem Verkauf von weihnachtlichen Artikeln (z.B.: Weihnachtspyramiden, Schwippbögen, Leuchtern, Figuren, Spielzeug, Dresdner Stollen, Pulsnitzer Lebkuchen, Spekulatius, Plauener Spitze, Blaudruck,) ihren Ausdruck finden. Diese Artikel werden verstärkt, zum Teil auch ausschließlich, in der Vorweihnachtszeit auf Weihnachtsmärkten, in Schauwerkstätten und in Ladengeschäften angeboten und von den Kunden nachgefragt. Der Verkauf dieser Artikel ist in regionale Traditionen und Bräuche eingebunden und geht insofern über bloßes Erwerbs- oder Versorgungsinteresse hinaus. Die Weihnachtsmärkte, die festlich geschmückten Einkaufsstrassen und Einkaufspassagen in den Gemeinden, die in der Regel das Anbieten von Waren mit kulturellen Angeboten (z.B.: Adventssingen, Besuch des Weihnachtsmanns, Öffnung öffentlicher Weihnachtskalender, Pyramidendrehen) verbinden, können auch dazu beitragen, Bürgern, Besuchern aus dem Umland und überregionalen Touristen persönliche Ziele und Freizeitwünsche, als soziale Aktivitäten zu verwirklichen. Dieses Einkaufserlebnis kann, in Verbindung mit dem Erleben von weihnachtlichen Traditionen, kulturellen Veranstaltungen und im Zusammenhang mit Weihnachtsmärkten, insbesondere für Kinder und Familien, ein besonderer Anlass (Sachgrund) nach § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG sein. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch die veränderte soziale Wirklichkeit, die mit Änderungen im Freizeitverhalten der Bevölkerung einhergeht, wodurch insbesondere das Einkaufen von Geschenken im Vorfeld des Weihnachtsfestes, das landläufig auch als Fest des Schenkens und des Beschenktwerdens begangen wird, als Verwirklichung von persönlichen Zielen und Freizeitwünschen angesehen werden kann und insofern über das reine Erwerbsinteresse hinausgeht.

Auf Grund regionaler vorweihnachtlicher Traditionen werden in vielen Städten und Gemeinden an bestimmten Wochenenden im Advent zudem besondere Ereignisse gestaltet (z.B.: die Bergparaden in Freiberg und in Annaberg-Buchholz, das Dresdner Stollenfest), die Besucher aus den Gemeinden, dem Umland und Touristen anziehen. Diese besonderen kulturellen Veranstaltungen können grundsätzlich rechtfertigende Gründe von besonderem Gewicht sein, die eine Freigabe der Ladenöffnung an maximal zwei, ausnahmsweise auch aufeinanderfolgenden Sonntagen im Advent zu rechtfertigen vermögen.

Allerdings müssen bei einer Öffnung an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen neben den rechtfertigenden Gründen von besonderem Gewicht zusätzlich auch tatsächliche Gründe dafür vorliegen, dass die Freigabe der Öffnung gerade an den aufeinanderfolgenden Sonntagen erfolgt. Hiervon kann in der Regel dann nicht mehr ausgegangen werden, wenn die rechtfertigenden Gründe von besonderen Gewicht auch an einem oder weiteren Adventssonntagen vorliegen, so dass eine Aufeinanderfolge der offenen Sonntage gerade nicht zwingend erforderlich ist.

Die Güterabwägung ist in jedem Einzelfall unter Berücksichtigung der konkreten, tatsächlichen Verhältnisse durch die Stadt bzw. Gemeinde vorzunehmen.

#### 4. § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG

§ 8 Abs. 2 SächsLadÖffG eröffnet für Gemeinden die Möglichkeit, bestimmten Verkaufsstellen aus Anlass eines besonderen regionalen Ereignisses die Sonntagsöffnung zu gestatten. Diese Gestattungsmöglichkeit besteht zusätzlich zu derjenigen nach Absatz 1. Allerdings ist die Gestattungsmöglichkeit nach § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG wie Absatz 1 an eine zeitliche Beschränkung und zudem an eine sachliche und räumliche Eingrenzung geknüpft.

Die Gemeinden werden demnach ermächtigt, die Öffnung von Verkaufsstellen **aus Anlass besonderer regionaler Ereignisse**, insbesondere von traditionellen Straßenfesten, Weihnachtsmärkten und örtlich bedeutenden Jubiläen,

- **zwischen 12 und 18 Uhr**
- und soweit die **Verkaufsstellen von dem Ereignis betroffen** sind, zu gestatten.

Die Gestattung erfolgt wiederum **durch Rechtsverordnung**, in der das von dem Ereignis **betroffene Gebiet zu bezeichnen** ist. Für ein **betroffenes Gebiet** besteht **pro Jahr einmal** die Möglichkeit dieser Sonntagsöffnung. Insgesamt ist die Öffnungsmöglichkeit nach § 8 Absatz Abs. 2 Satz 2 SächsLadÖffG innerhalb einer Gemeinde **an bis zu acht Sonntagen je Kalenderjahr** zulässig.

Die Gestattung durch die Gemeinden ist somit an **sechs Voraussetzungen** geknüpft, auf die im Folgenden näher eingegangen wird.

##### a) Vorliegen eines besonderen regionalen Ereignisses

Eine Öffnungsmöglichkeit nach Absatz 2 ist zunächst nur **aus Anlass besonderer regionaler Ereignisse**, wie insbesondere traditioneller Straßenfeste, Weihnachtsmärkte und Firmenjubiläen, also Ereignisse mit hohem örtlichen Bezug oder einer nachweisbaren Tradition, gegeben. In dem Rechtsetzungsverfahren hat die Gemeinde also zu prüfen, abzuwägen und zu entscheiden, ob für die Öffnung an dem geplanten Sonntag ein besonderer regionaler Anlass gegeben ist. Hierbei ist zu beachten, dass die Regelung des § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG nicht zu einer Umgehung des § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG verwendet werden darf, indem eine Kumulation gleichartiger Anlässe als Rechtfertigung für eine aufeinanderfolgende Ladenöffnung genutzt wird (vgl. Ziffer 5.).

Zudem sind die Ausführungen des BVerfG zu beachten. Das regionale Ereignis darf demnach nur eine so enge örtliche Begrenzung aufweisen, dass die damit einhergehende Sonntagsöffnung nur von geringer prägender Wirkung für den öffentlichen Charakter des Tages im Gemeindegebiet ist (Unterschied zu § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG – dort flächendeckende Auswirkungen auf das Gemeindegebiet).

##### b) Privilegierung von Verkaufsstellen

Außerdem können nur diejenigen **Verkaufsstellen** durch Rechtsverordnung zur ausnahmsweisen Sonntagsöffnung privilegiert werden, welche **von dem besonderen regionalen Ereignis direkt oder indirekt betroffen sind** bzw. räumlich nah am Ort des Geschehens liegen. In dem Rechtsetzungsverfahren hat die Gemeinde somit zudem zu prüfen, abzuwägen und zu entscheiden, welcher Teil des Gemeindegebietes von dem besonderen regionalen Ereignis tatsächlich erfasst ist. Ausschließlich für Verkaufsstellen, die sich in diesem, genau zu definierenden Teilgebiet befinden, ergibt

sich die ausnahmsweise Ladenöffnungsmöglichkeit an dem Sonntag, an dem das besondere regionale Ereignis stattfindet.

c) Detaillierte Festlegung des Gebietes

Der Teil des Gemeindegebietes, welcher von dem regionalen Ereignis erfasst ist und für den die ausnahmsweise Sonntagsöffnung gestattet werden soll, ist durch die Gemeinde detailliert und zweifelsfrei im Rahmen der Rechtsverordnung festzulegen. Bei der Festlegung des Gebietes sind die unter Buchstabe a) und b) dargestellten Erwägungen zu beachten.

d) Begrenzung der Sonntagsöffnung(en)

Insgesamt darf eine Gemeinde die Sonntagsöffnung gemäß § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG an **maximal acht Sonntagen pro Jahr** durch Rechtsverordnung ermöglichen. Dabei ist zu beachten, dass es im Rahmen der jeweiligen Gebietsfestlegung nicht zu Überschneidungen in dem Sinne kommen darf, dass ein Gebiet, dem bereits die ausnahmsweise Ladenöffnungsmöglichkeit nach § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG eingeräumt wurde, (auf Grund eines weiteren besonderen regionalen Ereignisses) erneut nach § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG privilegiert wird. Die **Privilegierung von Verkaufsstellen eines Gebietes** nach § 8 Abs. 2 Satz 2 SächsLadÖffG besteht **pro Jahr einmal**.

e) Zeitliche Vorgabe

Zu beachten ist ferner, dass die Regelungsmöglichkeit der Gemeinde ebenfalls durch die im Gesetz ausdrücklich genannte **zeitliche Vorgabe** eingeschränkt ist: Die Öffnungsmöglichkeit ist demnach nur für die **Zeit zwischen 12 und 18 Uhr** (also für diese sechs Stunden) gestattet. Mit dieser Regelung wird wiederum gewährleistet, dass die Zeiten der Hauptgottesdienste von einer Sonntagsöffnung nach § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG ebenfalls generell auszunehmen sind.

f) Erforderlichkeit einer Rechtsverordnung

Die ausnahmsweise Gestattung der Sonntagsöffnung durch Gemeinden aufgrund besonderer regionaler Ereignisse in einem räumlich abgegrenzten Gebiet bedarf ebenfalls eines förmlichen Rechtssetzungsaktes (**Rechtsverordnung**) der Gemeinde. Hinsichtlich der vorzunehmenden Abwägung und des Begründungserfordernisses wird auf die entsprechenden Ausführungen zu § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG verwiesen.

**5. Kumulation von § 8 Abs. 1 und § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG**

Eine Kumulation der zwei Gestattungsmöglichkeiten nach § 8 Abs. 1 und § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG ist grundsätzlich möglich. Bei einer Kumulation müssen zunächst sämtliche tatbestandlichen Voraussetzungen für die jeweilige Sonntagsöffnungsmöglichkeit gegeben sein. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Anforderungen an die Rechtfertigungsgründe steigen, je stärker die geplante Sonntagsöffnung geeignet ist, das verfassungsrechtliche Regel-Ausnahme-Gebot und den erforderlichen Mindestschutz von Sonn- und Feiertagen auszuhebeln. Die Kumulation darf nicht dazu führen, dass ein in sich geschlossener Zeitblock größerem Umfangs vom Grundsatz der Arbeitsruhe ausgenommen und/oder der öffentliche Charakter des Sonntages als Tag der Arbeitsruhe beseitigt wird. Dies dürfte in der Regel dann anzunehmen sein, wenn die Kumulation § 8 Abs. 1 und § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG zu mehreren, direkt aufeinanderfolgenden Sonntagsöffnungen im Gemeindegebiet führt. Die Gestattung von zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen nach § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG plus einem (oder mehreren) weiteren direkt aufeinanderfolgenden Sonntag(en) nach § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG stellt somit die

höchsten Anforderungen an die Begründung durch den Verordnungsgeber und dürfte nur in absoluten Ausnahmefällen gerechtfertigt sein. Zudem ist wie bereits unter Buchstabe a) dargestellt zu beachten, dass die Regelung des § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG nicht zu einer Umgehung des § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG verwendet werden darf, indem eine Kumulation gleichartiger Anlässe als Rechtfertigung für eine aufeinanderfolgende Ladenöffnung genutzt wird.

#### **6. § 8 Abs. 3 SächsLadÖffG**

§ 8 Abs. 3 SächsLadÖffG berücksichtigt die besondere Bedeutung der gesetzlichen Feiertage, der so genannten Hochfeiertage bzw. der stillen Feiertage und des 24. Dezembers, soweit diese auf einen Sonntag fallen. An diesen Tagen besteht für Gemeinden weder die Möglichkeit, die Ladenöffnung im gesamten Gemeindegebiet nach § 8 Abs. 1 SächsLadÖffG noch nach § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG zu gestatten. Auch das Stattfinden eines besonderen regionalen Ereignisses an einem solchen Feiertag im Gemeindegebiet eröffnet keine Ausnahme von diesem Verbot.



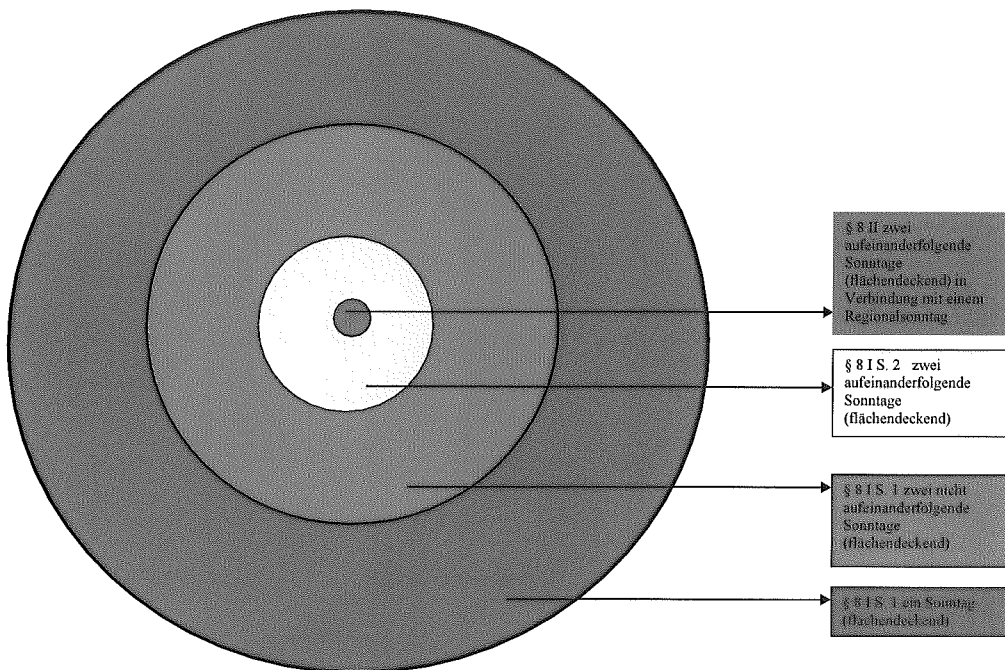
### **Anlage 1:**

Wesentliche Entscheidungsgründe des BVerfG zum Berliner Ladenöffnungsgesetz:

- Grundsätzlich hat die typische „werktägliche Geschäftigkeit“ an Sonn- und Feiertagen zu ruhen. Der verfassungsrechtlich garantierte Sonn- und Feiertagsschutz ist nur begrenzt einschränkbar. Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsruhe sind zur Wahrung höher- oder gleichwertiger Rechtsgüter möglich; in jedem Falle muss der ausgestaltende Gesetzgeber aber ein hinreichendes Niveau des Sonn- und Feiertagsschutzes wahren. (Regel-Ausnahme-Prinzip)
- Gesetzliche Schutzkonzepte für die Gewährleistung der Sonn- und Feiertagsruhe müssen erkennbar diese Tage als solche der Arbeitsruhe zur Regel erheben. Hinsichtlich der Ladenöffnung bedeutet dies, dass die Ausnahme eines dem Sonntagsschutz gerecht werdenden Sachgrundes bedarf.
- Darüber hinaus müssen Ausnahmen als solche für die Öffentlichkeit erkennbar bleiben und dürfen nicht auf eine weitgehende Gleichstellung der sonn- und feiertäglichen Verhältnisse mit den Werktagen und ihrer Betriebsamkeit hinauslaufen.
- Dem Bedarfsdeckungs- und Versorgungsargument kommt im Land Berlin an Sonn- und Feiertagen nur noch geringe Bedeutung zu.
- Niemand kann allein daraus, dass einer Gruppe aus besonderem Anlass Vergünstigungen zugestanden werden, für sich ein verfassungsrechtliches Gebot herleiten, dieselben Vorteile in Anspruch nehmen zu dürfen.
- Die voraussetzungslose siebenstündige Öffnung an allen vier Adventssonntagen im Land Berlin führt wegen der vollständigen Herausnahme eines zusammenhängenden Monatszeitraums aus dem Schutz der Sonntage ohne hinreichend gewichtige Gründe zu einem Unterschreiten des Maßes an gebotenem Mindestschutz.
- Die Adventssonntagsregelung als generelle und materiell voraussetzungslose Freigabe der Öffnung von Verkaufsstellen an allen Adventssonntagen von 13.00 bis 20.00 Uhr im Land Berlin steht angesichts der Bedeutung der Verkaufsstellenöffnung für die Gewährleistung der Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen mit dem Grundrecht aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG in Verbindung mit Art. 140 GG und Art. 139 WRV nicht in Einklang.
- Die Besonderheit der Regelung im Land Berlin, dass schon kraft Gesetzes ohne irgendeine weitere Voraussetzung vier Sonntage in Folge für die Dauer von jeweils sieben Stunden zur Ladenöffnung freigegeben werden hält der Anforderung, dass die Sonntagsruhe die Regel ist, nicht stand, weil sie einen in sich geschlossenen Zeitblock von etwa einem Zwölftel des Jahres vollständig vom Grundsatz der Arbeitsruhe ausnimmt.
- Wenn der Berliner Landesgesetzgeber mit Blick auf die Besonderheiten der Vorweihnachtszeit für eine Ladenöffnung an den Adventssonntagen Sachgründe anführen könnte, so könnte dies die Ladenöffnung nur an einzelnen Sonntagen rechtfertigen.
- Die Regelung im Land Berlin, dass Verkaufsstellen aus Anlass besonderer Ereignisse, insbesondere von Firmenjubiläen und Straßenfesten, an jährlich höchstens zwei weiteren Sonn- oder Feiertagen von 13.00 bis 20.00 Uhr öffnen dürfen, ist verfassungsrechtlich weder für sich gesehen noch im schutzkonzeptionellen Kontext zu beanstanden. Diese Ladenöffnungsmöglichkeit ist wegen ihrer engen örtlichen Begrenzung ohnehin von geringer prägender Wirkung für den öffentlichen Charakter des Tages.

**Anlage 2:**

Steigende Anforderungen an die Begründung der Sonntagsöffnung im Zusammenhang mit der zeitlichen Aufeinanderfolge



steigende Anforderungen an die Begründung

§ 8 I 1	§ 8 I 1	§ 8 I 2	§ 8 I S. 1, 2 <u>und</u> 11
ein Sonntag (flächendeckend)	Zwei <u>nicht</u> aufeinanderfolgende Sonntage (flächendeckend)	Zwei aufeinanderfolgende Sonntage (flächendeckend)	Zwei aufeinanderfolgende Sonntage (flächendeckend)  <u>und</u> eine regionale Sonntagsöffnung (lokal)
<b>Voraussetzungen</b>			
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorliegen eines Sachgrundes (besonderer Anlass)</li> <li>- Sachgrund muss im Hinblick auf <u>Urbanität und Touristenströme</u> eine besondere Bedeutung für die jeweilige Gemeinde haben und geeignet sein, Auswirkungen auf <u>gesamtes Gemeindegebiet</u> zu entfalten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- <u>Jeweiliges</u> Vorliegen eines Sachgrundes (besonderer Anlass)</li> <li>- Sachgründe müssen im Hinblick auf <u>Urbanität und Touristenströme</u> eine besondere Bedeutung für die jeweilige Gemeinde haben und geeignet sein, Auswirkungen auf <u>gesamtes Gemeindegebiet</u> zu entfalten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- <u>Jeweiliges</u> Vorliegen eines Sachgrundes (besonderer Anlass)</li> <li>- Sachgründe müssen im Hinblick auf <u>Urbanität und Touristenströme</u> eine besondere Bedeutung für die jeweilige Gemeinde haben und geeignet sein, Auswirkungen auf <u>gesamtes Gemeindegebiet</u> zu entfalten</li> <li>- <u>rechtfertigender Grund von besonderem Gewicht und zwingender Grund für die Zusammenlegung an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen erforderlich</u></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- <u>Jeweiliges</u> Vorliegen eines Sachgrundes (besonderer Anlass)</li> <li>- Sachgründe müssen im Hinblick auf <u>Urbanität und Touristenströme</u> eine besondere Bedeutung für die jeweilige Gemeinde haben und geeignet sein, Auswirkungen auf <u>gesamtes Gemeindegebiet</u> zu entfalten</li> <li>- <u>rechtfertigender Grund von besonderem Gewicht und zwingender Grund für die Zusammenlegung an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen erforderlich</u></li> <li>- Sachgrund für <u>regionale Sonntagsöffnung</u> und dessen Eignung auf <u>lokales Gebiet</u> Einfluss zu nehmen</li> </ul>
<b>Beispiele</b>			
Stadt-, Volks-, Schützenfeste, jahreszeitl. Feste (Frühlings-Herbstfest, Weinfest), Messen, Märkte, Weihnachtsmärkte, Ausstellungen, Jubiläen, Konzerte, Sportveranstaltungen	Vgl. siehe Spalte 1 <u>und</u> Weihnachtsmärkte zum 1. und 3. Advent oder 1. und 4. Advent oder 2. und 4. Advent	Vgl. siehe Spalte 1 und Weihnachtsmärkte zum 1. und 2. Advent oder 2. und 3. Advent oder 3. und 4. Advent	Vgl. siehe Spalte 1 und traditionelle Straßenfeste, Weihnachtsmärkte, Firmenjubiläen, Bergfeste, Hafenfeste, Elbhauptfest
<b>ADVENT:</b> besonders hohe Anforderungen an den Sachgrund/ Begründung, denn Gewährleistung der Arbeitsruhe in Adventszeit ist ein zusätzlicher verfassungsrechtlicher Grundsatz und verdient besonderen Schutz			